

## Europa der Werte

### Progressive Strategien gegen Rechtspopulismus und Nationalismus

Politiker\_innen und Parteien überall auf dem Kontinent bereiten sich auf die Wahlen zum Europa-Parlament im Mai 2019 vor. Lagerübergreifend wird dem Urnengang von mehr als 400 Millionen Wahlberechtigten in den erstmals nur noch 27 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (EU) wegweisende Bedeutung zugeschrieben.

#### **Auseinandersetzung mit Rechtspopulisten prägt Europa-Wahlkampf**



Geprägt sein wird der Wahlkampf der zahlreichen Parteien außer von ihren jeweiligen Programmatiken auch von der Auseinandersetzung mit rechtspopulistischen Kräften in vielen Ländern. Parteien wie die Rassemblement National (RN/früher Front National) oder die AfD in Deutschland sowie ihre Gesinnungsgefährten in zahlreichen EU-Mitgliedsstaaten sind durch ihren Aufstieg in den vergangenen Jahren zu ernstzunehmenden politischen

Kräften erwachsen, die der Idee der europäischen Einigung nationalistische Parolen entgegenzusetzen und auf eine Schwächung der EU hinarbeiten. Dabei stellen die Rechtspopulisten nicht nur die europäische Staatengemeinschaft infrage, sondern auch Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit, der Demokratie und der Menschenrechte und höhnen diese fundamentalen Grundsätze in Ländern, wo sie schon an der Regierung sind, aus. Diese Haltung und Methoden sind jedoch mit dem Wertekanon der EU unvereinbar.

Der Umgang mit Rechtspopulismus und –extremismus ist derzeit eine der größten Herausforderungen der EU. Im „Düsseldorfer Dialog“ erörterten Expert\_innen auf der Podiumsdiskussion „Europa der Werte – Progressive Strategien gegen Rechtspopulismus und Nationalismus“ gleichermaßen Probleme und Möglichkeiten, die rechtspopulistischen Kräfte zurückzudrängen. Die SPD-Europaparlamentarierin Petra Kammerevert, der Populismus-Forscher Prof. Dr. Frank Decker und Doro Zinke aus dem Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes debattieren dabei leidenschaftlich über die Werte der europäischen Integration in der heutigen Welt und Möglichkeiten ihrer Verteidigung, Gegenstrategien für eine wirkungsvolle Bekämpfung des Rechtspopulismus in der EU sowie über die Bedeutung einer solidarischen und auf soziale Gerechtigkeit ausgerichtete Europapolitik.

Düsseldorfs Stadtdirektor Burkhard Hintzsche sah in seinem Grußwort „Europa am Scheideweg“. Beängstigende Veränderungen seien bereits bei der Missachtung selbstverständli-

cher und selbst auferlegter Regeln für ein mitmenschliches Zusammenleben der Völker beim Umgang der EU-Staaten mit täglich im Mittelmeer ertrinkenden Flüchtlingen zu beklagen gewesen. „Wenn eine staatliche Gemeinschaft die Rettung von Menschen aus höchster Not nicht mehr übernimmt, ist sie weniger zivilisatorisch und eher barbarisch geprägt.“ Hintzsche unterstrich seine Sorgen um die Entwicklung der EU außerdem mit Hinweisen auf „Ereignisse in anderen Ländern wie die Aushöhlung demokratischer Institutionen“.

Seine Einschätzung bestätigte Kammerevert in ihrem anschließenden Impulsvortrag über „die schon länger problematischen Erfahrungen“ mit in hauptsächlich drei Fraktionen zusammengeschlossenen Rechtspopulisten auf die europäische Politik. Dass insgesamt mehr als 25 Prozent aller Abgeordneten in Straßburg dem europäischen Projekt skeptisch bis feindselig gegenüber stehen, erschwere die Gestaltung von Politik enorm. Kammerevert äußerte die Befürchtung, dass durch eine weitere Stärkung der Rechten bei der nächsten Wahl das Europa-Parlament als Institution die Fortentwicklung der EU mindestens verlangsamen oder sogar negativ beeinflussen und für Fortschritte im Einigungsprozess Mehrheiten fehlen würden.

### **Entgleisungen und Tabubrüche verschieben Grenzen nach rechts**

Die Vorsitzende des Bildungs- und Kulturausschusses im Europaparlament zeichnete in ihrer Analyse auch die immer gleiche Vorgehensweise rechtspopulistischer Agitation nach. Vermeintliche Entgleisungen und Tabubrüche seien stets wohlkalkuliert unter dem Deckmantel der Meinungsfreiheit gesetzte Aussagen zur Verängstigung und Verunsicherung der Bevölkerung sowie zur Veralberung demokratischer Kräfte einerseits und zur Verschiebung von Grenzen nach rechts andererseits.



Politik von Rechtspopulisten, erläuterte Kammerevert weiter, reduziere sich zudem auf eine Kultur der Aus- und Abgrenzung und bediene durch eindimensional verständliche Formeln gezielt Egoismen. Geschickt nutze das rechte Lager dabei regelmäßig die Zerstrittenheit der EU-Mitglieder in Fragen wie der Flüchtlingsproblematik, der Finanzkrise oder des Klimawandels und gebe grundsätzlich einfache Antworten in Schwarz-Weiß-Mustern.

### **Ungarn als Lehrbeispiel für Methoden von Rechtspopulisten**

Populismus-Forscher Decker erweiterte die Definition der rechtspopulistischen Ideologie zu Beginn der anschließenden Diskussion. Neben radikaler Kritik an bestehenden politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen in Verbindung mit der Selbstanmaßung der alleinigen Vertretung des Volkswillens sei die feindselige Ablehnung aller Elemente, die zur Demokratie gehören und diese sehr wohl begrenzen und vor sich selbst schützen, ein ganz wesentliches Merkmal rechtspopulistischer Politik, führte der Wissenschaftler aus. In Ungarn könne man denn auch erkennen, dass Rechtspopulisten nach Eroberungen von Mehrheiten und Regierungsmacht nicht mit dem Abbau liberaler und rechtsstaatlicher Elemente zögerten.



antipluralistisch „nicht durchgängig richtig“.

Ein signifikanter Unterschied zu durchaus existierenden linkspopulistischen Strömungen, erklärte Decker bei der Annäherung an den Rechtspopulismus, sei zudem die antipluralistische Haltung durch eine Unterteilung des Volkes in legitime Angehörige und Außenstehende mittels einer eigenen Definition nationaler Identität. Gleichwohl sei eine allgemeingültige Etikettierung rechtspopulistischer Parteien als antiliberal und

Bei der Analyse der Erfolge von rechtspopulistischen Organisationen fiele die Stärke besonders in Ländern mit wettbewerbsstarken Volkswirtschaften mit einem stark ausgebauten Sozial- und Wohlfahrtsstaat in Verbindung mit dem Thema Zuwanderung auf: Durch die von diesen Volkswirtschaften, in denen im Zuge der Globalisierung die sozialen Unterschiede in Europa vergrößert worden seien, benötigte Arbeitsmigration entstehe jedoch „im unteren Drittel der Gesellschaft“ Konkurrenz. Anders sei die Entwicklung der Rechtspopulisten in mittel- und osteuropäischen Staaten aufgrund der gesellschaftlichen Umbrüche in den vergangenen fast drei Jahrzehnten zu beurteilen.

### **Ignorierte Probleme stärken rechte Parteien**

Zinke führte die Erstarkung der Rechten auf den unzureichenden Umgang mit sozialen Problemen zurück. Die Menschen hätten Angst vor einem sozialen Abstieg auch ihrer Kinder. In Deutschland sei Hartz IV vor allem ein Symbolbegriff auch für die Angst der Bürger\_innen vor wesentlichen Verschlechterungen bei Lohn, Rente und Wohnung. Würden diese Ängste und Probleme von der Politik ignoriert, wäre das Wasser auf die Mühlen der Rechtspopulisten und ihrer nationalistischen Bestrebungen.



Aus Sicht der früheren DGB-Landesvorsitzenden von Berlin und Brandenburg aber sei Europa für die Gewerkschaften und den Kampf um soziale Gerechtigkeit unverzichtbar. Nationalismus funktioniere auf gewerkschaftlicher Ebene nicht, vielmehr setzten die Arbeitnehmer-Organisationen zur gegenseitigen Stärkung und Unterstützung konsequent auf internationale Kooperationen. Die europäischen Ansätze seien für die Gewerkschaften außerordentlich wichtig.

In dem Zusammenhang empfahl Zinke auch die Erhebung der Frage nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Platz zum Wahlkampfthema. Die Defizite und Lücken müssten europäisch behoben und geschlossen werden, um Minimalforderungen nach Gerechtigkeit umsetzen zu können.

### **Antworten auf Sorgen und Nöte geben**

Kammerevert sprach sich unterdessen in der von Publikumsfragen zusätzlich belebten Debatte für zusätzliche Sanktionsmittel zum Schutz von elementaren EU-Grundwerten aus. Weil die Gründerväter der EU sich wohl nicht hätten vorstellen können, dass Mitgliedsländer derart gegen die selbst akzeptierten Grundrechte verstoßen würden, würde die EU in Fällen wie Ungarn oder Polen „neue Instrumente“ benötigen: „Manche Mitglieder treten die europäischen Werte ja mit Füßen.“

In der Abgrenzung von den rechtspopulistischen Parteien müssten die demokratischen Kräfte im Europa-Wahlkampf gezielter auf die Bedürfnisse der Bürger eingehen und „Europa nicht denen überlassen, die es zerstören wollen“. Die Menschen würden wissen wollen, was das EU-Parlament gegen ihre jeweiligen Probleme, Sorgen und Nöte unternehmen werde. Zur weiteren Ausbildung einer europäischen Identität und Schaffung einer europäischen Perspektive für junge Generationen plädierte die Sozialdemokratin für mehr Austausch für Begegnungen und besonders massive Investitionen in Strukturen zur Bekämpfung insbesondere des Problems von Jugendarbeitslosigkeit. Da sei „jeder Cent gut investiert.“



*Verfasser: Dietmar Kramer*

*Redaktion: Landesbüro NRW der FES*